

FAKTEN STATT MYTHEN



BEHAUPTUNG:

„Die Anstiege bei der Mindestsicherung machen den österreichischen Sozialstaat unfinanzierbar.“

Stimmt das?

„Die seit Jahren steigende Anzahl der Bezieher einer Bedarfsorientierten Mindestsicherung führt zu einer großen Belastung für die öffentliche Hand. Wer das nicht wahrhaben will, betreibt Realitätsverweigerung.“

Niederösterreichische Volkspartei
(www.ots.at)



Faktencheck Nr. 4
Juli 2016

Zusammenfassung: Das zeigt der Faktencheck

In der laufenden Debatte über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) spielt die Diskussion über erfolgte wie prognostizierte Ausgaben-Steigerungen eine zentrale Rolle. Der Verweis auf eben solche Mehrausgaben als Folge steigender BezieherInnen-Zahlen dient unter anderem als Legitimation dafür, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung Ansprüche zu kürzen oder überhaupt zu versagen.

Bislang hat die ARMUTSKONFERENZ solchen Argumentationen mit Verweis auf den Anteil der Kosten an den österreichischen Gesamt-Sozialausgaben gekontert: Die Ausgaben aller Bundesländer für Geldleistungen (2014: € 673 Mio.) und Krankenhilfe (2014: € 35 Mio.) entsprechen in Summe (2014: € 708 Mio.) 0,7% der Gesamtsozialausgaben Österreichs (laut ESSOSS-Datenbank: 2014: € 96.609 Mio.).

Die Kostenbelastung für einzelne Bundesländer hatten wir hingegen bis dato nicht beleuchtet. Das holen wir nun für das Bundesland NÖ nach.¹ Denn NÖ ist eines jener Bundesländer, wo die Rede davon, dass der Sozialstaat durch die Kostensteigerungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) „an den Rand der Finanzierbarkeit“ gebracht würde, besonders vehement vorgebracht wird.

Die Recherche zeigt:

Isoliert betrachtet, sind die Steigerungen bei BezieherInnen und Kosten tatsächlich beachtlich:

Zwischen 2011 (dem ersten Jahr im „BMS-Regelbetrieb“) und 2015 (dem Jahr, für das die aktuellsten Daten vorliegen), ist die Zahl der BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung um 63% gestiegen (von 16.636 Personen auf 27.139 Personen, dh. plus 10.503 Personen).

Die Entwicklung der Kosten im gleichen Zeitraum war mit einem Plus von 55% (inkl. Krankenhilfe von € 45,5 Mio auf € 70,5 Mio, dh., plus € 25 Mio.) zwar moderater, aber dennoch beträchtlich.

In einem größeren Zusammenhang stellen sich die Anstiege bei den BezieherInnen-Zahlen aber wenig dramatisch dar:

Ein Zuwachs von 10.503 Personen entspricht in NÖ mit seinen 1.636.778 BewohnerInnen (Jahr 2015) gerade einmal 0,6% der Bevölkerung des Bundeslandes. Zwischen 2011 und 2015 ist der Anteil der Mindestsicherungs-BezieherInnen an der niederösterreichischen Gesamt-Bevölkerung damit von 1,0% auf 1,7% angestiegen. Wobei damit nur gesagt ist, dass diese Personen zumindest einmal im Untersuchungs-Jahr eine Leistung aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten haben. Ein ganzjähriger Bezug von BMS ist alles andere als die Regel: im Jahr 2014 lag die durchschnittliche Bezugsdauer bei 7 Monaten.

Hinzu kommen beachtliche Unterschiede zwischen den 21 Bezirken und 4 Statutar-Städten (Krems/Donau, Waidhofen/Ybbs, Wr. Neustadt und St. Pölten). Es zeigt sich, dass Mindestsicherung auch in NÖ vor allem ein Phänomen der Städte ist: Mit Ausnahme der vier Statutar-Städte lag der Anteil der BMS-BezieherInnen an der Bezirks-Bevölkerung im Jahr 2015 in nur 2 Bezirken über 2%. Hingegen lag er in 7 Bezirken bei 1% oder weniger. Mit Abstand am höchsten war der Anteil der Mindestsicherungs-BezieherInnen mit 5,1% in der Landeshauptstadt St. Pölten.

Ebenso undramatisch gestaltet sich die Entwicklung der Ausgaben, betrachtet man sie im Kontext:

Von 2011 bis 2015 sind die jährlichen Aufwendungen des Landes NÖ für Bedarfsorientierte Mindestsicherung von € 45,5 Mio. auf € 70,5 Mio. gestiegen. Gemessen an den Gesamt-Ausgaben des Landes NÖ (2011: € 8.656 Mio., 2015: € 8.792 Mio.) entspricht das einem Anstieg von 0,5% auf 0,8%. Zum Vergleich: für Wirtschaftsförderung hat das Land NÖ im Jahr 2015 € 185 Mio. und damit das 2,6-Fache ausgegeben wie für Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Für das Jahr 2017 wurden BMS-Ausgaben in der Höhe von 105 Mio. € budgetiert. Das entspricht der 1,5-fachen Höhe der Ausgaben des Jahres 2015 für BMS. Sollten die Kosten für BMS im Jahr 2017 tatsächlich diese Höhe erreichen, dann würde das Land NÖ trotzdem nur 1,2% seiner Gesamtausgaben auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung verwenden.

¹ ein ähnlicher Faktencheck für das Bundesland Oberösterreich von Johannes Huber findet sich unter www.diesubstanz.at/content/ober%C3%B6sterreich-von-allen-fakten-verlassen

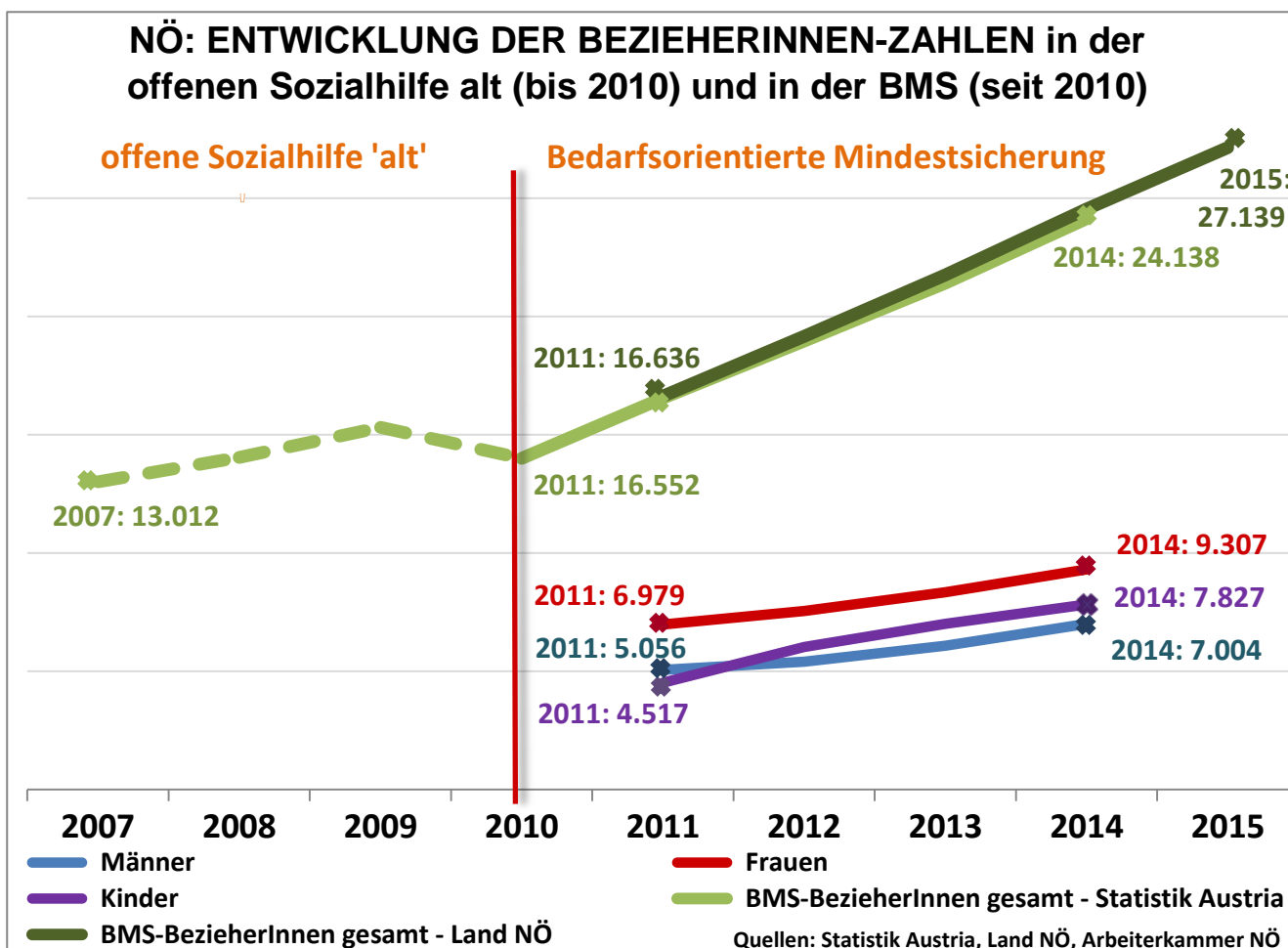
² NÖAAB-Landesgeschäftsführerin Sandra Kern, www.noaab.at

1. Die BezieherInnen-Zahlen steigen ...

1.1. Aus der Adler-Perspektive betrachtet: Die Entwicklung der BezieherInnen-Zahlen in der Mindestsicherung in NÖ

Grafik 1

ENTWICKLUNG DER BEZIEHERINNEN-ZAHLEN in der offenen Sozialhilfe alt (bis 2010) und in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (ab 2010) in Niederösterreich



Quellen: BMS-Statistik der Statistik Austria (diverse Jahrgänge), Sozialberichte des Landes NÖ (diverse Jahrgänge), NÖ BMS-Statistik 2015, herausgegeben von der Arbeiterkammer NÖ (2016)

Lesehilfe:

- Die Zahl der BezieherInnen insgesamt wird in der Grafik in grüner Farbe dargestellt. Sie setzt sich aus Frauen (rot), Männern (blau) und Kindern (lila) zusammen. Da diese Daten bis dato nur im Rahmen der Statistik der Statistik Austria veröffentlicht wurden, ist eine Darstellung nur bis zum Jahr 2014 möglich.
- Die Statistik Austria hat ihren (auf Daten-Meldungen der Bundesländer beruhenden) Bericht zur BMS 2015 noch nicht publiziert. Gleichzeitig gibt es keine aussagekräftigen, publizierten Daten NÖs für die „offene Sozialhilfe alt“. Aus diesem Grund haben wir die Daten aus beiden Quellen für diese Grafik kombiniert. Die Zahlen des Landes NÖ liegen, vermutlich wegen fehlender Bereinigung bei doppelter Zählung (z.B. durch Umzüge in einen anderen Bezirk), geringfügig über jenen der Statistik Austria.

Tabelle 1 (zu Grafik 1)

ENTWICKLUNG DER BEZIEHERINNEN-ZAHLEN in der offenen Sozialhilfe alt (bis 2010) und in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (ab 2010)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Männer	?	?	?	?	5.056	5.402	6.071	7.004	?
Frauen	?	?	?	?	6.979	7.539	8.335	9.307	?
Kinder	?	?	?	?	4.517	6.025	7.001	7.827	?
BMS-BezieherInnen gesamt Quelle: Statistik Austria	13.012	14.040	15.308	14.000	16.552	18.966	21.407	24.138	?
BMS-BezieherInnen gesamt Quelle: Land NÖ	?	?	?	?	16.636	19.158	21.750	24.547	27.139

Quellen:

Statistik Austria (diverse Jahrgänge): BMS-Statistik, Land NÖ (diverse Jahrgänge): NÖ Sozialberichte, Arbeiterkammer NÖ (2016) (Hg.): NÖ BMS-Statistik 2015

Zwischen 2007 und 2015 ist in Niederösterreich die Zahl von **BezieherInnen** von „offener Sozialhilfe alt“ (bis Herbst 2010) bzw. Bedarfsorientierter Mindestsicherung (ab Herbst 2010) **von 13.012 auf 27.139 gestiegen**. Hier gilt es allerdings zu bedenken, dass die **Daten** für die „offene Sozialhilfe alt“ und jene für die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ nur **bedingt vergleichbar** sind. Neben System-Unterschieden spielen auch unterschiedliche statistische Zählverfahren eine Rolle.

Ab dem Herbst 2010 (bis inkl. 2011) kam es österreichweit zum **Systemwechsel**: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung trat in allen Bundesländern an die Stelle der offenen Sozialhilfe alt. Für das Umstellungsjahr 2010 liegen keine aussagekräftigen Daten zur BezieherInnen-Zahl vor (in NÖ z.B. nur für den Zeitraum 1.1. bis 31.8.2010). Aus diesem Grund betrachten wir **Entwicklungen ab dem Jahr 2011**, dem (jedenfalls in NÖ) ersten Jahr mit „**BMS-Regelbetrieb**“.

Diese Betrachtung zeigt: Im **Zeitraum 2011 bis 2015** ist die **Zahl der BMS-BezieherInnen um fast zwei Drittel gestiegen (63%)**. Wie aus der Grafik außerdem ersichtlich, stellen **Frauen die größte Teilgruppe** der BMS-BezieherInnen dar. Die **höchsten Zuwachsraten** gibt es hingegen **bei Kindern und Jugendlichen**: Ihr Anteil an den BMS-BezieherInnen insgesamt **stieg von 27% (2011) auf 32% (2014)**.

1.2. Blickwechsel: Fall-Steigerungen im größeren Zusammenhang

1.2.1. Mindestsicherungs-Bezug in aller Regel nur Überbrückungs-Hilfe

BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung erhalten diese **nur zu einem kleinen Teil über einen längeren Zeitraum: bei ca. der Hälfte** aller Mindestsicherung beziehenden Haushalte dauert der BMS-Bezug **kürzer als ein halbes Jahr**. Bei längerfristigen Bezügen muss außerdem berücksichtigt werden, dass in NÖ der Mindestsicherung u.a. die Aufgabe zukommt, ein **finanzielles Existenzminimum für Personen mit schweren Beeinträchtigungen** sicher zu stellen, sofern diese in Privathaushalten leben. Wie viele das sind, kann auf Basis der veröffentlichten Daten nicht gesagt werden. Menschen mit schweren Beeinträchtigungen müssen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Sie zählen zu den BMS-BezieherInnen, die besonders schlechte Chancen haben, einen BMS-Bezug wieder beenden zu können, ebenso wie **Personen im gesetzlichen Pensionsalter**.

Tabelle 2

Bezugsdauern in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in NÖ (2014)

	Bedarfsgemeinschaften	
	absolut	In %
3 Monate oder kürzer	3.778	29,4%
4 bis 6 Monate	2.335	18,2%
7 bis 12 Monate	6.750	52,5%
SUMME	12.863	100%
Durchschnittliche Bezugsdauer im Jahr 2014	7,0 Monate	

Quelle: Statistik Austria (2015): BMS-Statistik 2014

Lesehilfe:

Bei Bedarfsgemeinschaften handelt es sich, vereinfacht gesagt, um Haushalte.

1.2.2. Mindestsicherungs-BezieherInnen als Anteil an der NÖ Bevölkerung

Man kann auch anders auf die Daten zur Entwicklung der BezieherInnen-Zahlen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung schauen, indem man sie mit anderen Kenn-Zahlen ins Verhältnis setzt. Dann zeigt sich: Was in Prozent an den BMS-BezieherInnen des Jahres 2011 eine massive Steigerung zeigt – nämlich 63% – ist in absoluten Zahlen vergleichsweise bescheiden: Es geht um ein **Plus von 10.503 Personen** in einem **Bundesland mit 1.636.778 BewohnerInnen**. Misst man den Anstieg nicht an den BMS-BezieherInnen, sondern an der NÖ Bevölkerung, so geht es um einen **Zuwachs von 0,6%**.

Die Betrachtung lässt sich noch weiter verfeinern, z.B. können **Quoten und Veränderungen auf Bezirksebene** betrachtet werden.

Tabelle 3

ENTWICKLUNG DER BEZIEHERINNEN-ZAHLEN VON BMS in den einzelnen Bezirken bzw. Statutar-Städten NÖs vor dem Hintergrund der Bezirks-Bevölkerung

Bezirk	2011			2015			Veränderung 2011-2015		
	Be-wohner-Innen	BMS-Bezieh-erInnen	Quote BMS-Bezieh.	Be-wohner-Innen im	BMS-Bezieh-erInnen	Quote BMS-Bezieh.	Veränd. Bewohn-erInnen	Steig. BMS-Bezieh. absolut	Steig. Bezieh in % Bez-Bev
Amstetten	112.278	822	0,7	113.505	1.733	1,5	1.227	911	0,8
Baden	137.821	1.757	1,3	141.750	2.632	1,9	3.929	875	0,6
Bruck a.d. Leitha	42.842	238	0,6	44.047	412	0,9	1.205	174	0,4
Gänserndorf	95.514	1.088	1,1	98.645	1.632	1,7	3.131	544	0,5
Gmünd	37.939	508	1,3	37.348	956	2,6	-591	448	1,2
Hollabrunn	50.426	762	1,5	50.232	769	1,5	-194	7	0,0
Horn	31.472	353	1,1	31.229	570	1,8	-243	217	0,7
Korneuburg	74.898	701	0,9	76.900	1.093	1,4	2.002	392	0,5
<u>Krems/Donau (Stadt)</u>	<u>24.014</u>	<u>702</u>	<u>2,9</u>	<u>24.011</u>	<u>862</u>	<u>3,6</u>	<u>-3</u>	<u>160</u>	<u>0,7</u>
Krems (Land)	55.622	216	0,4	56.277	389	0,7	655	173	0,3
Lilienfeld	26.555	321	1,2	26.074	496	1,9	-481	175	0,7
Melk	76.463	799	1,0	76.808	1.178	1,5	345	379	0,5
Mistelbach	74.048	929	1,3	74.447	1.066	1,4	399	137	0,2
Mödling	113.661	717	0,6	116.878	1.344	1,1	3.217	627	0,5
Neunkirchen	85.667	1.274	1,5	85.745	2.041	2,4	78	767	0,9
Scheibbs	41.156	120	0,3	41.070	396	1,0	-86	276	0,7
<u>St. Pölten (Stadt)</u>	<u>51.956</u>	<u>1.548</u>	<u>3,0</u>	<u>52.747</u>	<u>2.703</u>	<u>5,1</u>	<u>791</u>	<u>1.155</u>	<u>2,1</u>
St. Pölten (Land)	96.505	849	0,9	97.910	987	1,0	1.405	138	0,1
Tulln	70.552	208	0,3	72.924	523	0,7	2.372	315	0,4
Waidhofen a.d. Thaya	26.917	193	0,7	26.322	373	1,4	-595	180	0,7
<u>Waidhofen a.d. Ybbs</u>	<u>11.470</u>	<u>216</u>	<u>1,9</u>	<u>11.306</u>	<u>221</u>	<u>2,0</u>	<u>-164</u>	<u>5</u>	<u>0,1</u>
Wien-Umgebung	114.271	654	0,6	118.691	1.558	1,3	4.420	904	0,7
<u>Wr. Neustadt (Stadt)</u>	<u>41.042</u>	<u>951</u>	<u>2,3</u>	<u>43.002</u>	<u>2.126</u>	<u>4,9</u>	<u>1.960</u>	<u>1.175</u>	<u>2,6</u>
Wr. Neustadt (Land)	75.098	349	0,5	75.968	673	0,9	870	324	0,4
Zwettl	43.794	361	0,8	42.942	406	0,9	-852	45	0,1
NÖ gesamt	1.611.981	16.636	1,0	1.636.778	27.139	1,7	24.797	10.503	0,6

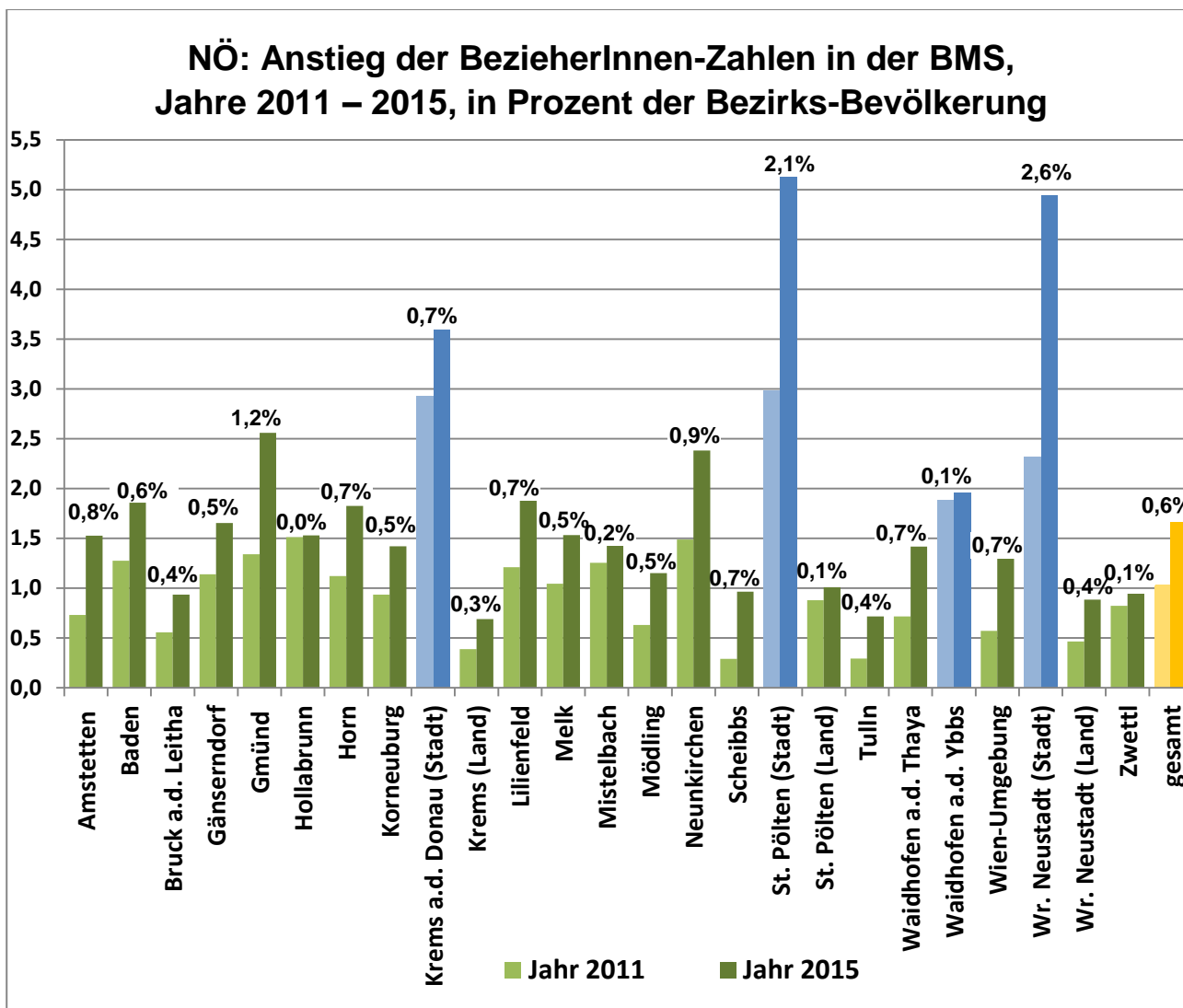
Quellen: Land NÖ (2012): Sozialbericht 2011, Arbeiterkammer NÖ (2016) (Hg): NÖ BMS-Statistik 2015

Lesehilfe:

- Die Ergebnisse für die vier Statutar-Städte NÖs sind unterstrichen.
- Im Bezirk Amstetten mit seinen 1.112.278 EinwohnerInnen stieg die Zahl der BMS-BezieherInnen von 822 Personen im Jahr 2011 auf 1.733 Personen im Jahr 2015. Das entspricht einem Anteil von 0,7% (Jahr 2011) bzw. 1,5% (Jahr 2015) an der Bevölkerung des Bezirks Amstetten. Dh., von 2011 bis 2015 ist die Zahl bzw. der Anteil der BMS-BezieherInnen um 911 Personen bzw. 0,8% der Bezirks-Bevölkerung gestiegen.

Grafik 2 (zu Tabelle 3)

Wie stark ist die Gruppe der BMS-BEZIEHERINNEN in Niederösterreich in den Jahren 2011 bis 2015 angewachsen, wenn man die Zunahme in Prozent der Bevölkerung des Bezirks misst?



Quellen:

Land NÖ (2012): NÖ Sozialbericht 2011, Arbeiterkammer NÖ (2016): NÖ BMS-Statistik 2015 (im Erscheinen)

Lesehilfe:

- Die Bezirke sind in Grün dargestellt, die vier Statutar-Städte in Blau, der NÖ gesamt in Gelb
- Im Bezirk Amstetten lag der Anteil der BMS-BezieherInnen an der Gesamt-Bevölkerung des Bezirks im Jahr 2011 bei 0,7%, im Jahr 2015 bei 1,5%. Diese Werte sind an der vertikalen Skala abzulesen bzw. können sie der Tabelle 3 entnommen werden. Dh., es gab zwischen 2011 und 2015 im Bezirk Amstetten bei der Zahl der BMS-BezieherInnen eine Steigerung in der Höhe von 0,8% der Bevölkerung des Bezirks. Dh., zusätzliche 0,8% der Bezirksbevölkerung haben im Jahr 2015 zumindest einmal eine Leistung aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten, meist nur als vorübergehende Überbrückungshilfe.

Die Betrachtung von Tabelle 3 und Grafik 2 zeigt:

- Die Mindestsicherung hat in vielen Bezirken NÖs **im Jahr 2011** auf **sehr niedrigem Inanspruchnahme-Niveau** gestartet (vgl. *Armutskonferenz 2016*): in **13 von 25 Bezirken bzw. Statutar-Städten** lag der Anteil der Mindestsicherungs-BezieherInnen an der Bezirksbevölkerung **bei 1% oder weniger**. Das bedeutet: diese Personen haben zumindest einmal im Laufe des Jahres 2011 eine Leistung aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten. Zwar ist der Anteil der Bezirke mit weniger als 1% BMS-BezieherInnen an der Bezirksbevölkerung geschrumpft. In **7 von 25 Bezirken** bzw. Statutar-Städten liegt der Anteil aber auch **2015** bei **1% oder weniger**.
- In nur **3 der 25 Bezirke bzw. Statutar-Städte** NÖs lag die Zahl der BMS-BezieherInnen im Jahr 2011 **über** der Marke von **2% der Bezirks-Bevölkerung**. Bei den dreien hat es sich um die **Statutar-Städte** St. Pölten, Krems an der Donau und Wr. Neustadt gehandelt. Dies ist wenig überraschend: Österreichweit zeigt sich eine Konzentration der BMS-BezieherInnen auf die Städte (vgl. *Armutskonferenz 2015*), und die genannten zählen zu den größten 5 Städten Niederösterreichs. Im Jahr **2015** sind es nun **alle 4 Statutar-Städte und 2 weitere Bezirke**, in denen **2%** oder mehr der Bezirks-Bevölkerung zur Sicherung ihrer Existenz zumindest vorübergehend (und nur zu einem kleineren Teil das ganze Jahr lang) auf Mindestsicherung angewiesen sind.

1.2.3. Entwicklung der Zahl der Personen, die Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung haben

Es wäre interessant, Daten zum Mindestsicherungs-Bezug in einem Bezirk **mit Daten über Einkommensarmut zu vergleichen**. Dann könnte zumindest annäherungsweise gesagt werden, in welchem Verhältnis Mindestsicherungs-Bedürftigkeit und tatsächlicher Mindestsicherungs-Bezug stehen. Denn dass in den einen Bezirken ein höherer Anteil der Bevölkerung Mindestsicherung erhält als in anderen, muss nicht notwendigerweise mit unterschiedlicher Bedürftigkeit zu tun haben. Auch Fragen der Anonymität, der Scham, von Beratungsmöglichkeiten und Vollzugskulturen auf den Sozialämtern u.a. spielen eine wichtige Rolle.

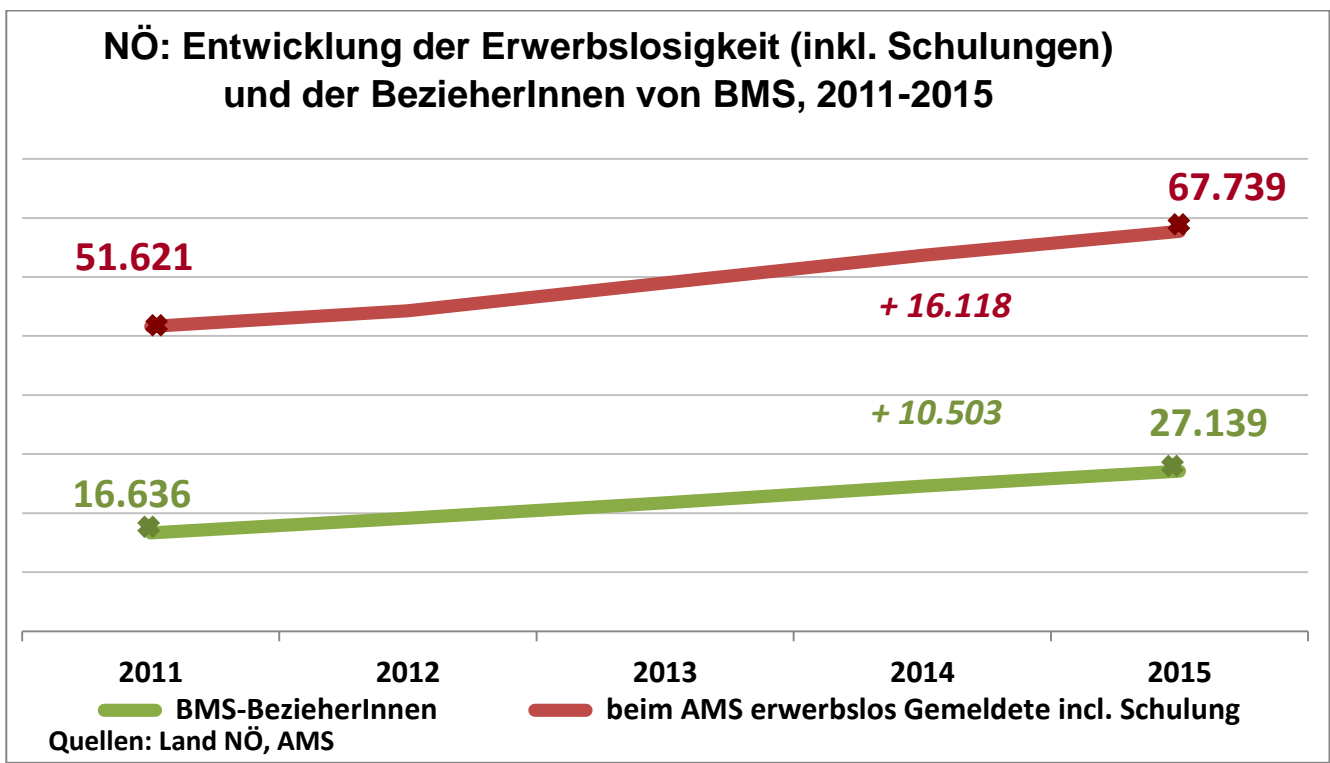
Leider sind solche Vergleiche auf Basis der verfügbaren Daten **nicht möglich**: Die Ergebnisse aus EU-SILC, der zentralen Datenquelle über Einkommensarmut in Österreich, beruhen auf einer Stichproben-Erhebung, die mittels komplexer statistischer Verfahren auf Österreich-Ebene hochgerechnet werden. Für Österreich haben diese, wenn man

statistische Schwankungsbreiten mitbedankt, hohe Aussagekraft. Für so kleine regionale Einheiten, wie es Bezirke sind, leider nicht.

Freilich würden auch Daten über die Einkommen auf Haushaltsebene **nur bedingt Rückschlüsse auf die Zahl der Anspruchsberechtigten** erlauben. Denn nicht alle Personen bzw. Haushalte mit einem niedrigen Einkommen haben schon allein deshalb auch Anspruch auf Mindestsicherung. Dafür braucht es z.B. auch **bestimmte Aufenthaltstitel für Nicht-ÖsterreicherInnen**, andere Gruppen sind de facto ausgeschlossen, weil sie in aller Regel dem **Arbeitsmarkt nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen** können (z.B. Studierende). Viele Personen sind auch nicht bereit, die sonstigen mit dem Bezug von Mindestsicherung verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen und „verzichten“ lieber. Das gilt insbesondere für die **Vermögensverwertungs-Bestimmungen**, die z.B. die grundbücherliche Sicherstellung eines Eigenheimes nach 6 Monaten Bezug binnen 2 Jahren vorsehen (vgl. detaillierter z.B. Armutskonferenz 2016).

Grafik 3

Entwicklung der ERWERBSLOSIGKEIT und der BEZIEHERINNEN VON BEDARFSORIENTIERTER MINDESTSICHERUNG in Niederösterreich, 2011-2015



Lesehilfe:

Die Ansteige bei Erwerbslosigkeit und Mindestsicherung verliefen 2011-2015 annähernd parallel, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau.

Tabelle 4 (zu Grafik 3)
Entwicklung der ERWERBSLOSIGKEIT und der BEZIEHERINNEN VON BEDARFSORIENTIERTER MINDESTSICHERUNG in Niederösterreich, 2011-2015

	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung
AMS						
erwerbslos Gemeldete	41.698	44.461	48.950	53.608	58.522	16.824
in Schulung	9.923	9.818	10.073	10.073	9.216	-706
Summe	51.621	54.279	59.022	63.681	67.739	16.118
BMS						
BMS-BezieherInnen	16.636	19.158	21.750	24.547	27.139	10.503

Quellen:

Land NÖ (diverse Jahrgänge): NÖ Sozialberichte; Arbeiterkammer NÖ (2016) NÖ BMS-Statistik 2015 (im Erscheinen), AMS (Datenbankabfrage)

Lesehilfe:

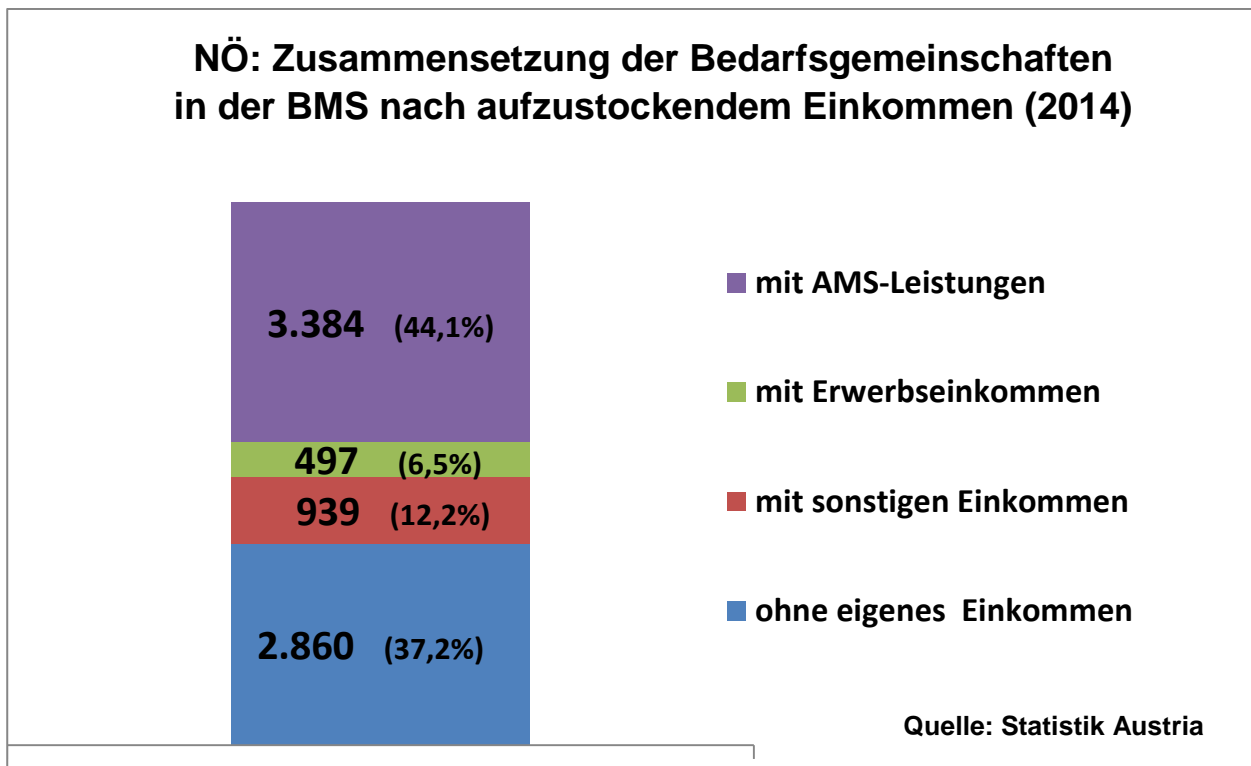
Die Jahres-Zahlen zu den beim AMS erwerbslos gemeldeten Personen geben das arithmetische Mittel der 12 Monatsend-Stichtagsbestände wieder, entsprechen also nicht der Zahl der im Jahr 2015 von Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen, die deutlich höher liegen würde. Die Daten zu den BMS-BezieherInnen geben hingegen die Zahl aller Personen wieder, die im jeweiligen Jahr eine Leistung aus der BMS erhalten haben. Die AMS-Daten erfassen nur die erwerbslosen Personen, in den BMS-Daten sind auch Angehörige von erwerbslosen Personen enthalten. Damit sind die beiden Datensätze nur eingeschränkt vergleichbar.

Zweifellos ist es **richtig**, dass sich mit der **Zahl der Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten** (wobei **letztere in NÖ seit dem Frühjahr 2016 keinen Anspruch auf Mindestsicherung mehr** haben) – zumindest vorübergehend – auch die **BezieherInnen-Zahlen** in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung **erhöhen**. Entsprechende Daten wurden unseres Wissens nach bislang aber nicht veröffentlicht.

Für den Anstieg der BezieherInnen-Zahlen in der Mindestsicherung waren in den letzten Jahren aber **andere Entwicklungen mindestens so bedeutsam**, insbesondere jene am Arbeitsmarkt. **Parallel** zur Inanspruchnahme von Mindestsicherung ist u.a. auch die **Erwerbslosigkeit gestiegen** (vgl. Grafik 3). **Reichen** niedrige Leistungen bei **Arbeitslosengeld und Notstandshilfe nicht** aus, um den Lebensbedarf auf Haushaltsebene (!) zu decken, haben diese Haushalte die Möglichkeit, **ergänzend aufstockende Leistungen aus der Mindestsicherung** zu erhalten. Solche aufstockenden Leistungen (ergänzend zu AMS-Leistungen, Erwerbseinkommen, Kinderbetreuungsgeld, Alimenten, etc.) sind anders als der Vollbezug in der Mindestsicherung die Regel, nicht die Ausnahme. **Haushalte von Erwerbslosen, die vom AMS Leistungen erhalten**, stellen mit **44,1%** an allen BMS-Haushalten dabei die **größte Gruppe**.

Grafik 4:

Zusammensetzung der BEDARFSGEMEINSCHAFTEN in der NÖ Mindestsicherung NACH AUFZUSTOCKENDEM EINKOMMEN im Jahr 2014

**Quelle:**

Statistik Austria (2015): BMS-Statistik 2014

Lesehilfe:

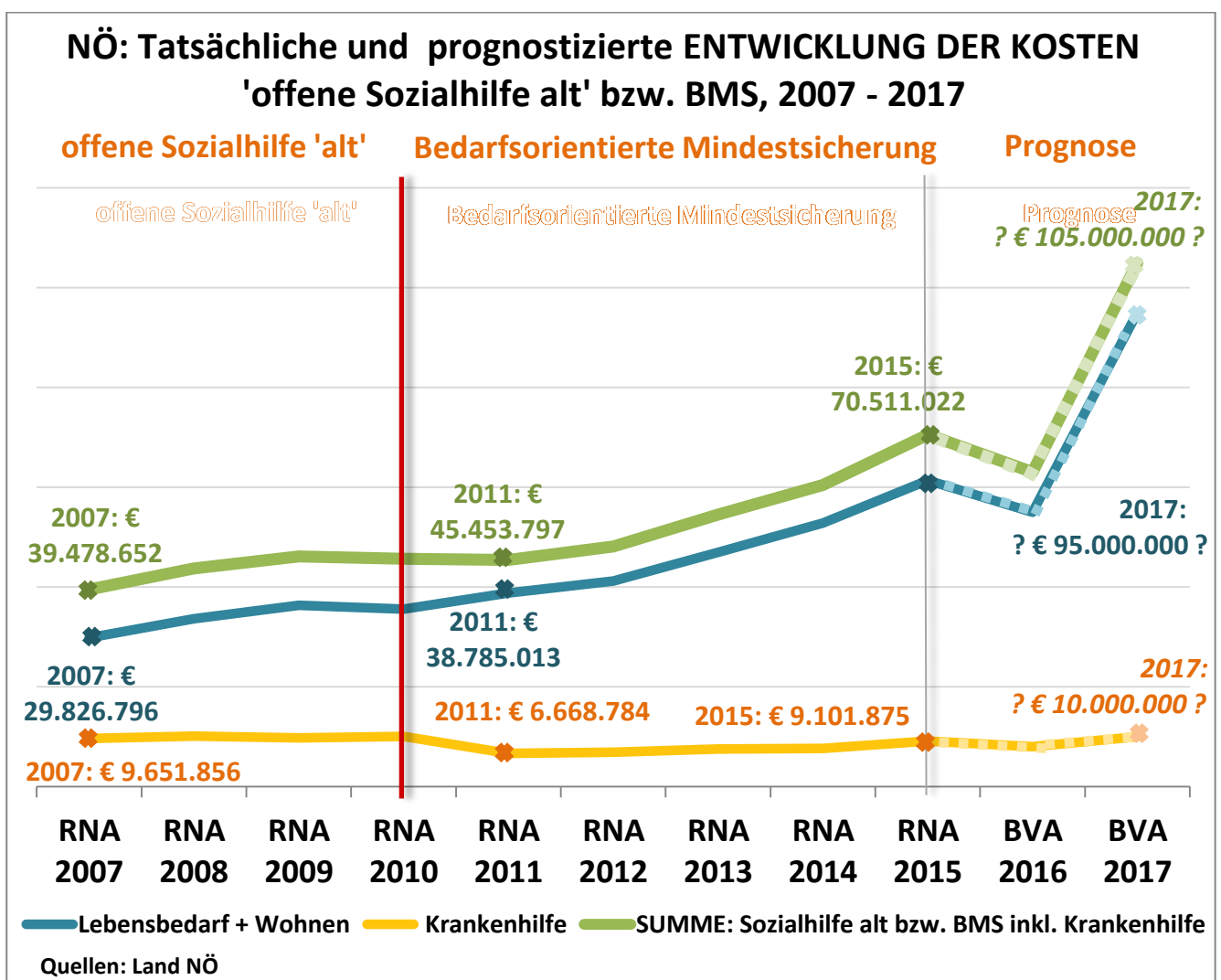
- Bei Bedarfsgemeinschaften handelt es sich, vereinfacht gesagt, um Haushalte.
- Von den im Jahr 2014 in NÖ insgesamt 7.680 Bedarfsgemeinschaften, die mit bedarfsorientierter Mindestsicherung unterstützt wurden, haben 3.384 eine aufzustockende Leistung ergänzend zu einer AMS-Leistung erhalten. Bedarfsgemeinschaften mit AMS-Bezug stellen mit 44,1% die größte Gruppe von BMS-Bedarfsgemeinschaften in NÖ dar.

2. Mit den BezieherInnen-Zahlen steigen auch die Kosten ...

2.1. Aus der Adler-Perspektive betrachtet: Die Entwicklung der Ausgaben in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in NÖ

Grafik 5

Tatsächliche und prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN in der offenen Sozialhilfe alt (bis 2010) in NÖ im Zeitraum 2007 - 2017



Quellen:

Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

- „RNA“ steht für den Rechnungsabschluss, „BVA“ steht für Budgetvoranschlag Landes NÖ

- Zwischen den Jahren 2007 und 2015 sind die Kosten im letzten sozialen Netz in NÖ von € 39,5 Mio (2007, damals noch offene Sozialhilfe 'alt') auf € 70,5 Mio. (2015, Bedarfsorientierte Mindestsicherung) angestiegen. Für das Jahr 2016 hat das Land NÖ Ausgaben in einer Höhe budgetiert, die unter den tatsächlichen Ausgaben des Jahres 2015 liegen, für 2017 wurden mit € 105 Mio. deutlich höhere Mittel veranschlagt. Wie hoch die Kosten tatsächlich sein werden, wird erst zu Beginn 2018 gesagt werden können (deshalb gestrichelte Linie).
- Wie am Diagramm abzulesen, ist die Steigerung der Gesamtkosten seit Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung vor allem auf Ausgabensteigerungen bei den Leistungen für Wohnen und den Lebensbedarf (blaue Linie) zurückzuführen. Die Ausgaben für Krankenhilfe sind nach Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung hingegen gesunken und haben bis 2015 nicht wieder das Niveau von 2007 erreicht (für eine Erklärung siehe den Fließtext).

Zu den **zentralen Verbesserungen** durch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zählt die Neuerung, dass alle **nicht-krankenversicherten BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung** einzubeziehen sind. Diese allgemein anerkannte Errungenschaft geht in allen Bundesländern, und damit auch in NÖ, Hand in Hand mit einer Abschwächung der Dynamik bei der Ausgaben-Steigerung in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Diese ist durch (auf den ersten Blick paradoxerweise) **gesunkene Ausgaben für Krankenhilfe** auf Seiten der Träger der Bedarfsorientierten Mindestsicherung verursacht.

Diese Minderausgaben waren und sind ganz wesentlich deshalb möglich, weil der **Bund** im Zuge der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung eine **Ausfallshaftung** für jene Kosten im niedergelassenen Bereich des Gesundheitssystems übernommen hat, die durch die von den Ländern entrichteten Krankenversicherungs-Beiträge nicht gedeckt werden.

Nichtsdestotrotz sind die Kosten in der BMS NÖ insgesamt laut den Daten des Landes NÖ **zwischen 2011 und 2015 von 45,5 Mio. € auf 70,5 Mio €** angestiegen. Gemessen am Niveau 2011 bleibt die Steigerung bei den Kosten mit **55%** zwar deutlich hinter der Steigerung bei den BezieherInnen zurück (+ 63%, vgl. *Kapitel 1.1.*), ist aber trotzdem beträchtlich.

Auch hier lohnt eine Betrachtung im Kontext.

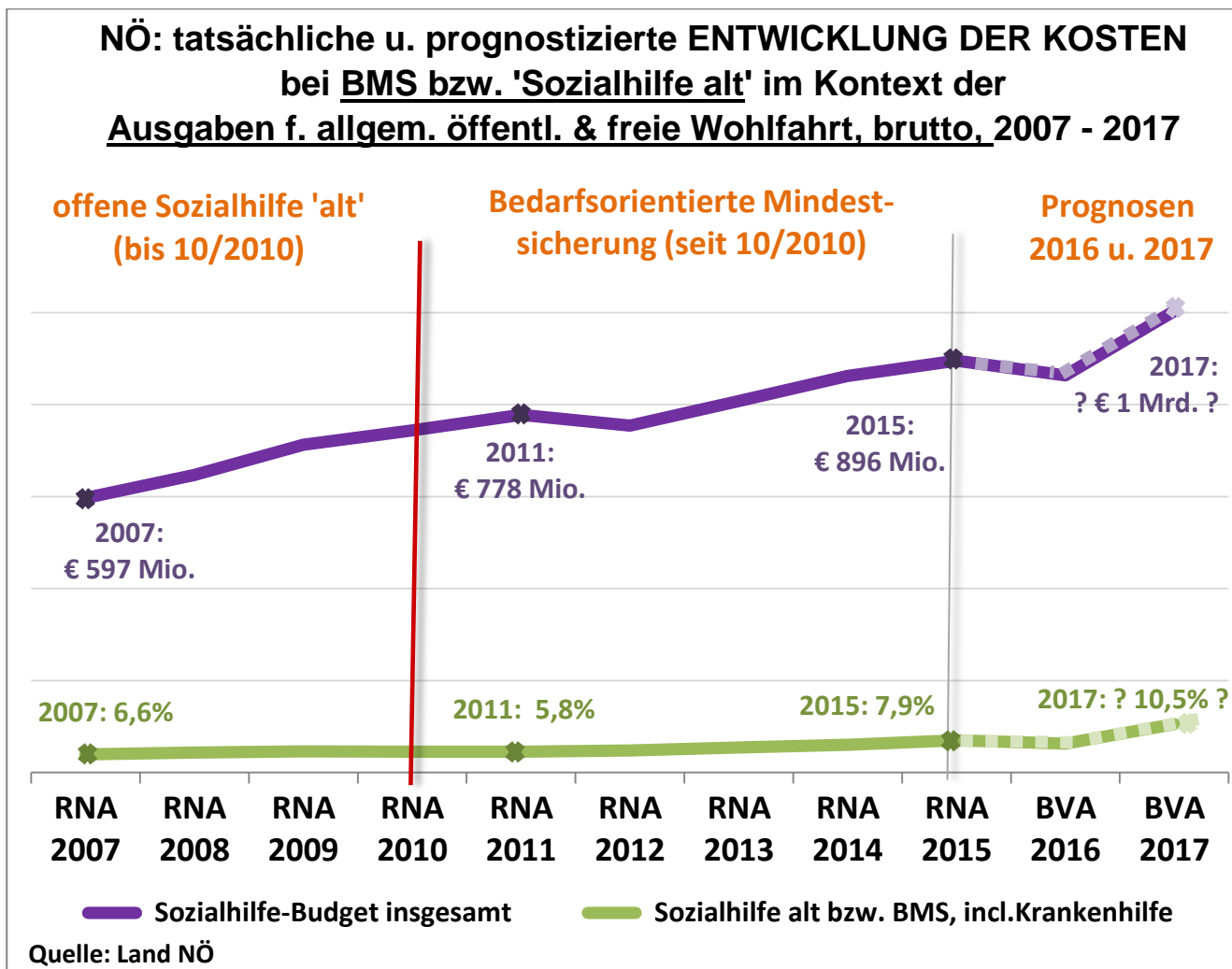
2.2. Blickwechsel: Ausgaben-Steigerungen im größeren Zusammenhang

Die **Bedarfsorientierte Mindestsicherung** ist **nicht der einzige Ausgaben-Posten** der Bundesländer **für Soziales** – und dabei weder der ausgabenstärkste noch jener mit den höchsten Ausgaben-Steigerungen.

2.2.1. Ausgaben-Steigerungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung vor dem Hintergrund der Ausgaben-Entwicklung im Sozialhilfe-Budget insgesamt

Grafik 6

Tatsächliche u. prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN bei 'offener Sozialhilfe alt' bzw. BMS im Kontext der Ausgaben für allgemeine öffentliche sowie freie Wohlfahrt insgesamt, jeweils brutto, Jahre 2007 - 2017



Quelle:

Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

- RNA bedeutet Rechnungsabschluss, BVA bedeutet Budget-Voranschlag des Landes NÖ
- Die tatsächliche Höhe der Ausgaben für 2016 und 2017 ist derzeit ungewiss, deshalb gestrichelte Linie
- Die Ausgaben für allgemeine öffentliche Wohlfahrt sowie freie Wohlfahrt laut Rechnungs-Abschlüssen des Landes NÖ stimmen nur annähernd mit den Sozialhilfearwendungen überein, wie sie in den jährlichen NÖ Sozialberichten ausgewiesen werden, eventuell wurden die Daten für die Sozialberichte um Ausgabenposten wie „Entwicklungshilfe im Ausland“ etc. bereinigt.

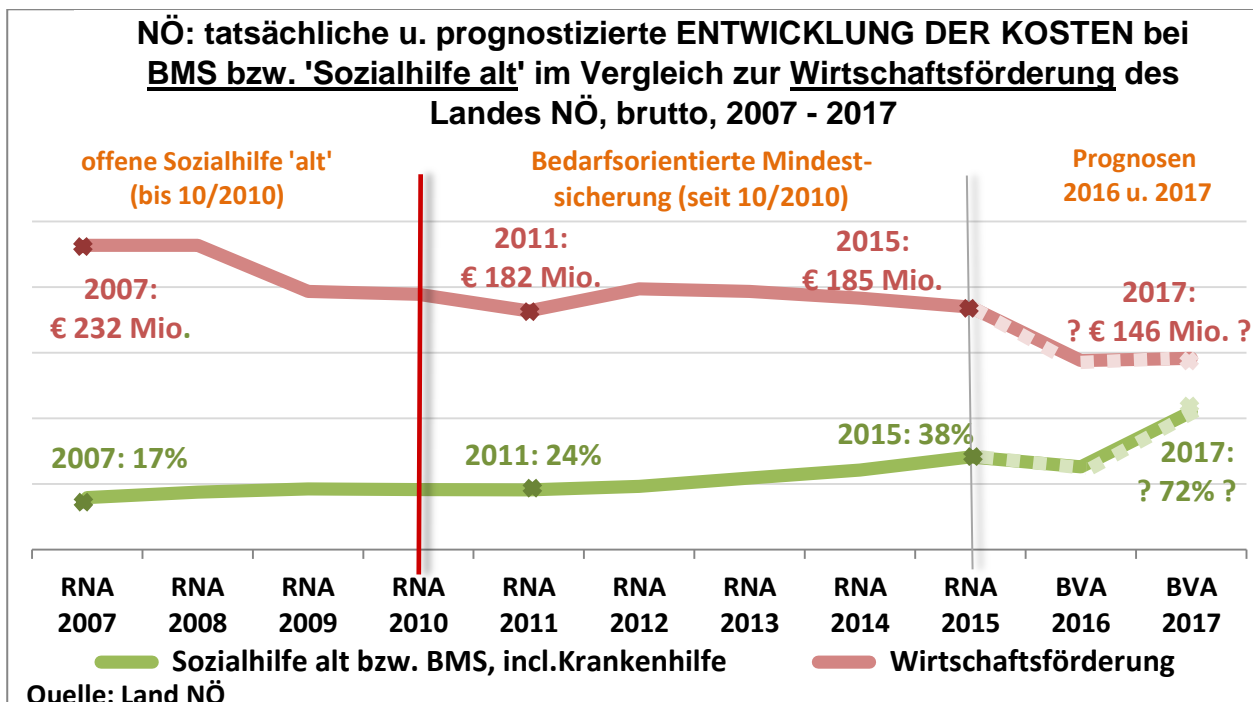
Obwohl sich die Ausgaben in der bedarfsorientierten Mindestsicherung zwischen 2011 und 2015 für sich allein genommen um 55% erhöht haben, ist ihr **Anteil an den Sozialhilfe-Ausgaben des Landes NÖ** insgesamt – hier definiert als Ausgaben der **allgemeinen öffentlichen und freien Wohlfahrt** laut Rechnungsabschlüssen bzw. Budget-Voranschlägen des Landes NÖ - um „nur“ **2,1 Prozent-Punkte** (von 5,8% auf 7,9%) **gestiegen**. Zwischen 2007 und 2011 ist der Anteil der Ausgaben für das unterste soziale Netz sogar gesunken, weshalb in einer längerfristigen Betrachtung (2007 – 2015) der Anteil für offene Sozialhilfe alt bzw. bedarfsorientierte Mindestsicherung um 1,8 Prozent-Punkte gestiegen ist (von 6,1% auf 7,9%).

Für das **Jahr 2017** hat das Land NÖ **BMS-Mittel** in der Höhe von **105 Mio. € budgetiert** (vgl. Grafik 5). Wie hoch die tatsächlichen Ausgaben für 2017 sein werden, wird erst im Rückblick gesagt werden können. Sollten die Ausgaben in der bedarfsorientierten Mindestsicherung wie auch der **allgemeinen öffentlichen wie freien Wohlfahrt** insgesamt entsprechend der Prognose steigen, dann würde sich der Anteil der bedarfsorientierten Mindestsicherung **gegenüber dem Jahr 2015 um 3,6% von 7,9% auf 10,5%** erhöhen.

Man könnte aber genauso gut Vergleiche mit Ausgaben des Landes NÖ außerhalb der „Sphäre des Sozialen“ anstellen, z.B. mit solchen für **Wirtschaftsförderung**:

Grafik 7

Tatsächliche u. prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN bei BMS bzw. 'Sozialhilfe alt' im Vergleich zur Wirtschaftsförderung des Landes NÖ, brutto, 2007 - 2017



Quelle:

Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

Im Jahr 2007 lagen die Ausgaben für damals noch offene Sozialhilfe bei 17% der Wirtschaftsförderung des Landes NÖ. Bis 2015 sind die Ausgaben für Wirtschaftsförderung gesunken und jene für Bedarfsorientierte Mindestsicherung gestiegen. Dennoch lagen die Ausgaben für Bedarfsorientierte Mindestsicherung 2015 um 62% unter jenen für Wirtschaftsförderung.

Ein **Vergleich** von Ausgaben für **Bedarfsorientierte Mindestsicherung** mit jenen für **Wirtschaftsförderung** macht auch insofern **Sinn**, als Bedarfsorientierte Mindestsicherung überhaupt erst **Konsum-Möglichkeiten für einkommensarme Personen** schafft, wobei der Großteil der Leistung für **Grundgüter des täglichen Bedarfs** verwendet wird (Miete, Essen, etc.) bzw. aufgrund der Höhe des verfügbaren Einkommens verwendet werden muss.

2.2.2. Ausgaben-Steigerungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung vor dem Hintergrund der Ausgaben-Entwicklung des Landes NÖ insgesamt

Tabelle 5

Tatsächliche u. prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN bei verschiedenen Ausgaben-Gruppen des Landes NÖ, jeweils brutto, Jahre 2007 - 2017

2007-2017	RNA 2007	RNA 2008	RNA 2009	RNA 2010	RNA 2011	RNA 2012	RNA 2013	RNA 2014	RNA 2015	BVA 2016	BVA 2017
AUSGABEN ABSOLUT - IN €											
Ausgaben Land NÖ GESAMT	7.372 Mio	7.748 Mio	7.473 Mio	7.679 Mio	8.656 Mio	8.101 Mio	8.708 Mio	9.050 Mio	8.792 Mio	8.479 Mio	9.060 Mio
Gesundheit	339 Mio	424 Mio	433 Mio	451 Mio	464 Mio	517 Mio	545 Mio	562 Mio	585 Mio	559 Mio	583 Mio
Soziale Wohlfahrt & Wohnbauförderung	1.268 Mio	1.364 Mio	1.459 Mio	1.556 Mio	1.461 Mio	1.445 Mio	1.500 Mio	1.620 Mio	1.608 Mio	1.497 Mio	1.648 Mio
Davon: Allg. öffentl. & freie Wohlfahrt	597 Mio	647 Mio	713 Mio	744 Mio	778 Mio	755 Mio	808 Mio	862 Mio	896 Mio	864 Mio	1.004 Mio
Davon: Sozialhilfe alt bzw. BMS (inkl. Krankenhilfe)	39,5 Mio	43,7 Mio	46,1 Mio	45,7 Mio	45,5 Mio	48,1 Mio	54,5 Mio	60,5 Mio	70,5 Mio	63,0 Mio	105,0 Mio

Quelle:

Land NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Tabelle 6

Tatsächliche u. prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN bei verschiedenen Ausgaben-Gruppen des Landes NÖ, in % der Gesamtausgaben des Landes NÖ, brutto, Jahre 2007 - 2017

2007-2017	RNA 2007	RNA 2008	RNA 2009	RNA 2010	RNA 2011	RNA 2012	RNA 2013	RNA 2014	RNA 2015	BVA 2016	BVA 2017
ANTEILIGE AUSGABEN - IN %											
Ausgaben Land NÖ GESAMT	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Gesundheit	4,6%	5,5%	5,8%	5,9%	5,4%	6,4%	6,3%	6,2%	6,7%	6,6%	6,4%
Soziale Wohlfahrt & Wohnbauförderung	17,2%	17,6%	19,5%	20,3%	16,9%	17,8%	17,2%	17,9%	18,3%	17,7%	18,2%
Davon: Allg. öffentl. & freie Wohlfahrt	8,1%	8,4%	9,5%	9,7%	9,0%	9,3%	9,3%	9,5%	10,2%	10,2%	11,1%
Davon: Sozialhilfe alt bzw. BMS (inkl. Krankenhilfe)	0,5%	0,6%	0,6%	0,6%	0,5%	0,6%	0,6%	0,7%	0,8%	0,7%	1,2%

Quelle:

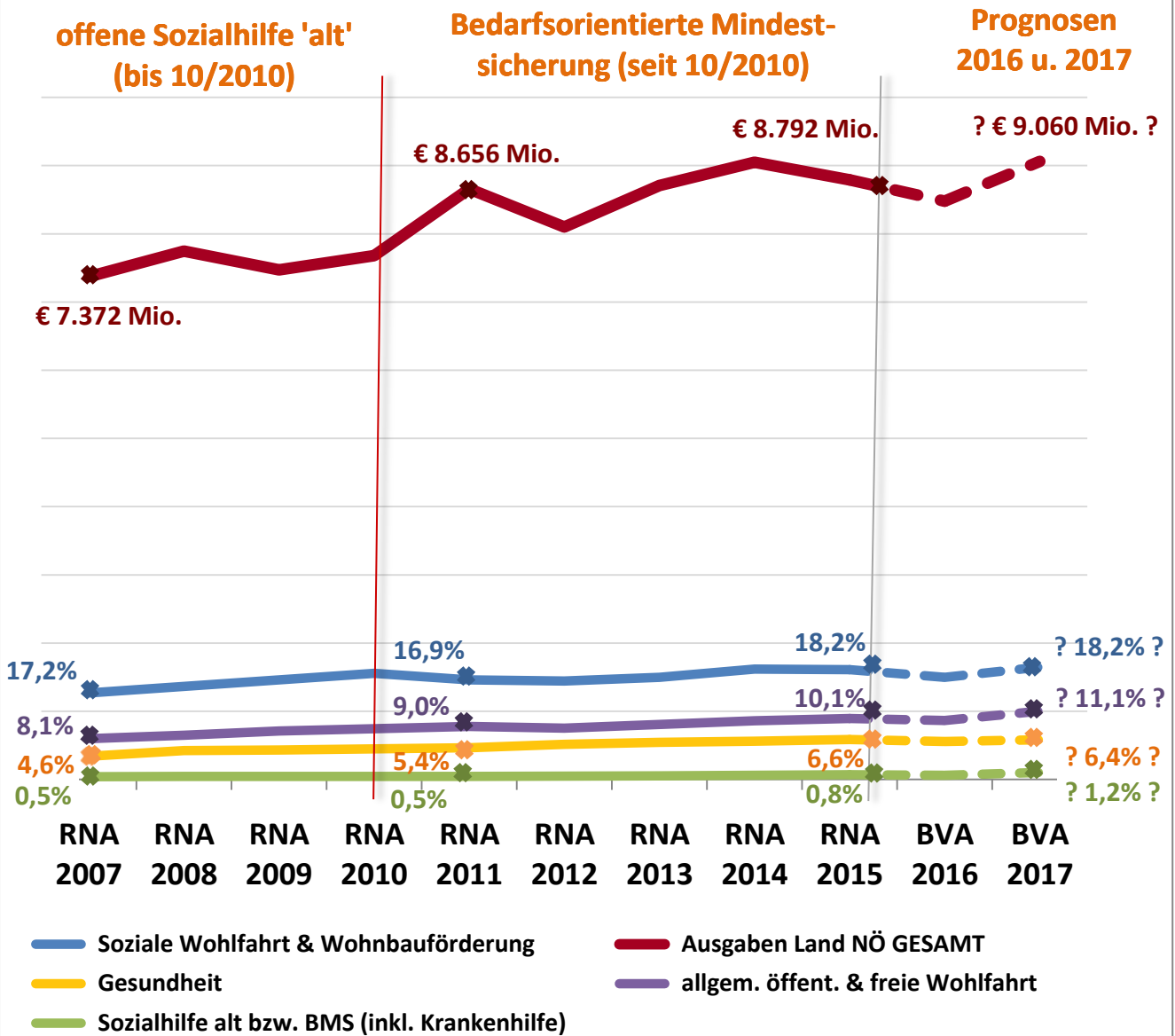
Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

Gemessen an den Gesamt-Ausgaben des Landes NÖ sind die Ausgaben für offene Sozialhilfe alt bzw. BMS von 2007 bis 2015 von 0,5% auf 0,8% angestiegen. Für das Jahr 2017 wurden BMS-Ausgaben in der Höhe von € 105 Mio. budgetiert (vgl. Tabelle 5), das entspricht der 1,5-fachen Höhe der Ausgaben des Jahres 2015 für BMS. Sollten die tatsächlichen Kosten für BMS im Jahr 2017 den budgetierten entsprechen, dann wären das umgerechnet 1,2% der prognostizierten Gesamtausgaben des Landes NÖ.

Grafik 8 zu den Tabellen 5 und 6

tatsächliche u. prognostizierte ENTWICKLUNG DER KOSTEN bei BMS bzw. 'Sozialhilfe alt' im Kontext diverser Ausgaben-Gruppen des Landes NÖ, 2007 - 2017



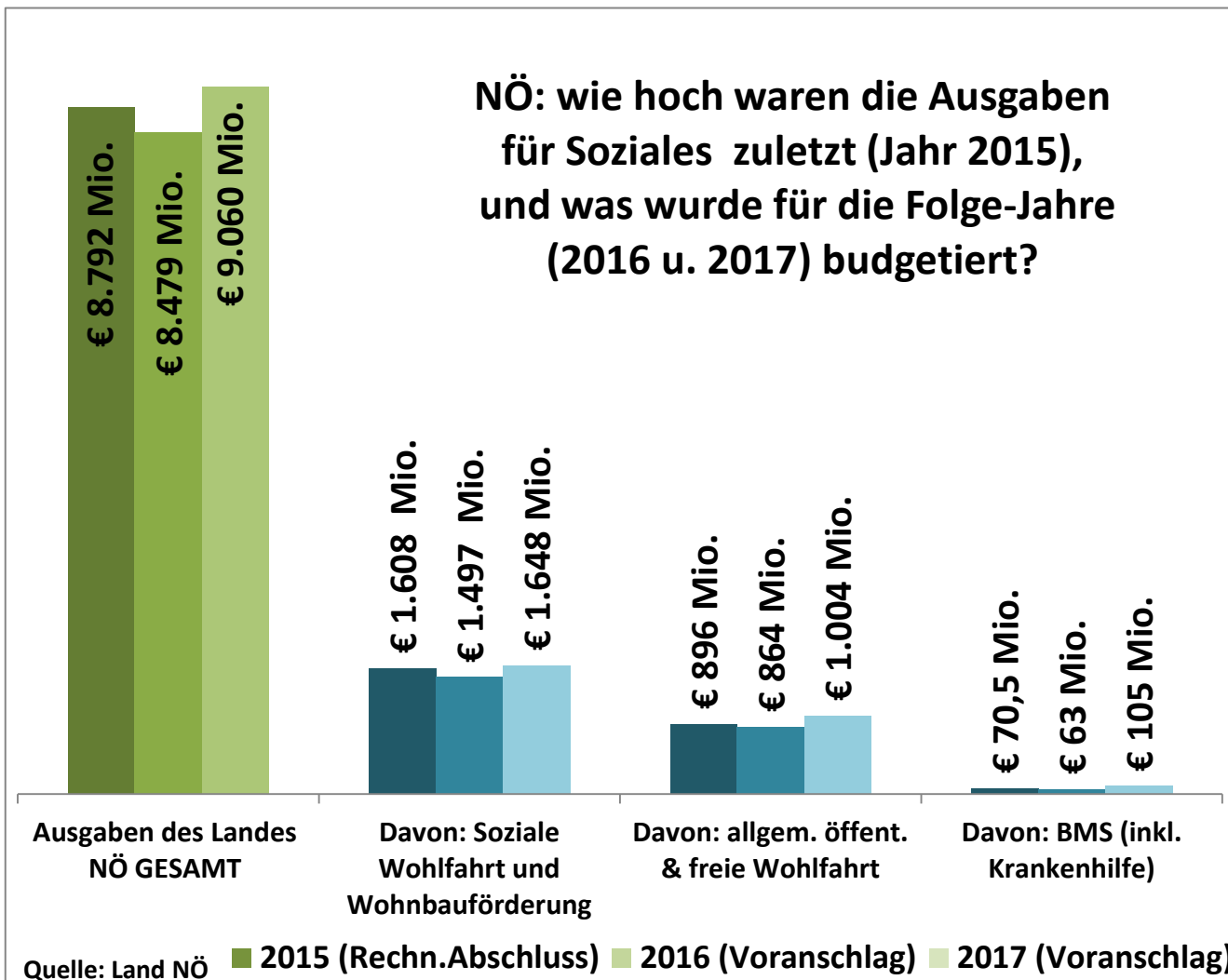
Quelle: Land NÖ

Quelle:

Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

vgl. Lesehilfe zur Tabelle 6



Quelle:

Landes NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungsabschlüsse und Budget-Voranschläge

Lesehilfe:

vgl. Lesehilfe zur Tabelle 6

Quellen-Angaben

zum Nach-Lesen und Nach-Rechnen

Armutskonferenz (2015): Dafür gibt's eine Zitrone: „Auf Erbschafts- und Schenkungssteuer kann verzichtet werden – Betrugsbekämpfung in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird die Steuerreform gegenfinanzieren“, http://www.armutskonferenz.at/files/2015-04_bms-zitrone03_missbrauchs-vorwurf.pdf

Armutskonferenz (2016): Mindestsicherung auf € 1.500 deckeln? BMS-Faktencheck Nr. 1, http://www.armutskonferenz.at/files/bms_faktencheck_1_deckelung-1500.pdf

Arbeitsmarkt-Datenbank des AMS

<http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>

Arbeiterkammer NÖ (2016): Statistik zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung in NÖ 2015 (auf Basis von Daten der Sozialabteilung des Landes NÖ) (im Erscheinen)

Sozialausgaben laut ESSOSS-Datenbank

https://www.statistik.at/wcm/fragments/default/assets/pdf_icon.gif

Land NÖ (diverse Jahrgänge): Budget-Voranschläge des Landes Niederösterreich (*Anmerkung: diese enthalten jeweils auch die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses des Vor-Vor-Jahres*)

<http://www.noe.gv.at/Land-Zukunft/Budget-des-Landes-NOe/Voranschlag.html>

Land NÖ (diverse Jahrgänge): Rechnungs-Abschlüsse des Landes Niederösterreich

<http://www.noe.gv.at/Land-Zukunft/Budget-des-Landes-NOe/Rechnungsabschluss.html>

Land NÖ (diverse Jahrgänge): Sozialberichte des Landes NÖ

<http://www.noe.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Sozialhilfe/Sozialberichte.html>

Statistik Austria (2015): Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2014

https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/2/2/6/CH2297/CMS1314622448556/bms-statistik_2014.pdf